

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER
SCHLESIENS

BUND

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:
Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grünzel, beide
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm
5646 und 5647. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

Schwarze Tage in Deutschland

Die politischen Verhältnisse Deutschlands unterscheiden sich wenig von den wirtschaftlichen. In der Wirtschaft wütet die Krise weiter und in der Politik feiert Wildwest Triumphe. Der Bürgerkrieg tobt nach wie vor. Die Reichstagswahlen brachten keine Beruhigung. Auch die Ankündigung des Reichskanzlers, daß die Reichsregierung entschlossen sei, rasch und summarisch mit Verbrechern zu verfahren und die starken Worte des Reichskommissars Dr. Bracht, „Gewalt und Terror müssen endlich der Achtung vor dem Gesetz weichen. Die Heiligkeit des Menschenlebens darf nicht weiter angezweifelt werden“ blieben ungehört. Die Nationalsozialisten wenigstens scheinen sich nicht daran zu kehren. Auf den Straßen verschiedener Städte wird weiter geschossen und gestochen, das Morden wird sogar in die Häuser friedlicher Menschen getragen.

Uns liegt wahrlich nicht daran, zur Aufpeitschung der Leidenschaften beizutragen, das besorgen andere Kreise in Wort und Schrift zur Genüge, aber die Tatsachen wollen wir an einigen Beispielen festhalten, wie gegen linksgerichtete Kreise gewütet wird.

Die Stadt Königsberg in Preußen war in der Nacht zum 1. August die Stätte von Attentaten und blutigen Vorgängen. Eine Anzahl Nationalsozialisten übte auf das Otto-Braun-Haus in Königsberg ein Bombenattentat mit Benzin und Brandzündern gefüllter Flaschen aus.

Zwei Männer überfielen um die gleiche Zeit den Chefredakteur Wyrzatsch der „Königsberger Volkszeitung“ in seiner Wohnung und verletzten ihn durch einen Schuß in einen Oberschenkel. Auch auf die Wohnung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Schütz in Königsberg wurde ein Überfall ausgeführt, bei dem ein Mädchen durch Schüsse verletzt wurde. Der kommunistische Stadtverordnete Sauff wurde in seiner Wohnung erschossen. Außerdem wurde noch auf den sozialdemokratischen Lagerhalter Zippino ein Überfall ausgeübt, wobei er durch mehrere Schüsse verletzt wurde. Ebenfalls in seiner Wohnung wurde der vor kurzem in den Ruhestand versetzte volksparteiliche Regierungspräsident von Bahrfeld durch Schüsse in beide Arme verletzt. Ferner wurde noch das Haus der „Härtungsschen Zeitung“ durch ein Attentat heimgesucht und vier Schaukasten des Warenhauses Epa eingeschlagen. Das alles geschah fast zu gleicher Zeit morgens nach 6 Uhr. Wo die Täter zu suchen sind, ist leicht zu erraten, aber wir fürchten, der Polizei wird es von den Hintermännern der Täter schwer gemacht, diese zu ermitteln.

Im hannoverschen Vorort Wülfel wurden die katholische Kirche von Nationalsozialisten demoliert und dabei katholische Jungmänner verletzt. Das war in der Nacht zum Wahltag.

In den schleswig-holsteinischen Städten Uetersen, Hohenwestedt, Barmstedt, Elmshorn und Rendsburg warfen bewaffnete Nazitruppen in der Nacht zum 1. August Handgranaten in die Arbeiterverkehrslokale und richteten großen Schaden an.

In Eberswalde verübten Nazis in der Nacht zum 31. Juli an dem Stadtrat und Redakteur Lehmann der „Eberswalder Volkswacht“ sowie an dem Sekretär des Landarbeiterverbandes Schulz eine bestialische Bluttat. Sie lockten die beiden Genannten durch telephonischen Anruf in ein Nachbarort, überfielen sie unterwegs, schlugen sie bewußtlos, zer-

trümmerten das Auto und verschleppten sie.

In Königsberg reitete sich in der Nacht zum Dienstag weitere Attentate und Ueberfälle auf Republikaner an die bereits gemeldeten an. Auf das Liegnitzer Volkshaus wurde eine Handgranate geworfen. In Militsch in Schlesien riegelten ortsfremde Nazis die Arbeiterviertel ab und belagerten einzelne Häuser von Republikanern.

In Quadrat im Rheinland begingen Nationalsozialisten Ausschreitungen mit Waffen. In Marno warfen Nazis Handgranaten in eine Wirtschaft, in der Kommunisten verkehrten. In Meiningen wurde der Kommunist Birk aus seiner Wohnung gelockt und von unbekanntem Täter schwer mißhandelt. In verschiedenen ostpreussischen Städten wurden im Laufe der Woche zum 6. August weitere Ueberfälle und Attentate auf Personen, Wohnungen und Geschäfte ausgeführt.

Das sind nur einige Einzelheiten von wenigen Tagen, aber sie genügen, um zu kennzeichnen, wie es um die Ruhe und um den inneren Frieden in Deutschland bestellt ist.

Die Ankündigung der Nacht der langen Messer und des Gehängtwerden zehntausender marxistischer Funktionäre durch die nationalsozialistischen Führer scheint in den Reihen der Hitler-Partei Anklang zu finden. Die intellektuellen Verantwortlichen für den Geist in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der sich nun als Ausbruch des Volkszorns nach dem „Völkischen Beobachter“ offenbart, und in solchen verbrecherischen Taten zum Ausdruck kommt, sind ja bekannt genug. Hoffentlich findet sie auch die zum starken Durchgreifen aufgeforderte Regierung. 21 Millionen Deutsche würden ihr dankbar sein, wenn sie die Maßnahmen zum Schutz aller Friedfertigen treffen und durchführen würde.

Solange es der Regierung nicht in vollem Maße gelingt, ähnliche Vorfälle wie in der letzten Zeit zu unterdrücken, wird es notwendig sein, daß die organisierte Arbeiterschaft ihre Einrichtungen nicht unbewacht der nationalsozialistischen Zerstörung preisgibt, und daß sie sie gegen die Ausbrüche des reichlich angefachten nationalsozialistischen Volkszorns selbst schützt. Das ist gegenwärtig eine Pflicht, der sich kein Arbeiter entziehen darf. Solange es Nationalsozialisten in Deutschland gibt, lassen sich die Spuren des politischen Mordes in Deutschland verfolgen. Je größer diese Partei wurde, desto breiter wurden die Spuren. Diese Tatsache ist nicht wegzuleugnen. Deshalb ist es höchste Zeit, daß die Regierungen diesen „aufbauwilligen Kräften der Nation“ ihre Macht fühlen läßt. Das „System“ ist gestürzt, aber ein anderes System kündigt sein blutiges Schreckensregiment an. Volk und Staat schütze dich!

Kommt die Wirtschaftswende?

Aus einigen Ländern der Welt kommt die Nachricht vom Stillstand der Krise und von kleinen Belebungerscheinungen. Das sind aber erst Symptome, die hauptsächlich von der Saisonverbesserung herbeigeführt sind. Zu den geringfügigen Erholungstendenzen wirtschaftlicher Art in einigen Staaten kommen noch Nachrichten von den Weltbörsen, die darauf schließen lassen, daß sich eine Wende gegenüber dem bisherigen Zustand bemerkbar macht. Geld drängt nach Anlage. Es ist sehr billig zu haben, und die Geldbesitzer zeigen ein reges Interesse, ihr Geld wieder arbeiten zu lassen. In Deutschland ist es freilich noch nicht soweit, und die politischen Verhältnisse in Deutschland sind noch nicht dazu angeht, Beruhigung und Vertrauen aufkommen zu lassen. Aber die Vereinigten Staaten Nordamerikas geben sich Mühe, von sich aus etwas zur Ankurbelung der Wirtschaft zu tun, auch in Großbritannien haben sich die Geldverhältnisse nach dem Pfundsturz wieder so gestaltet, daß mit

einer Aufwärtsbewegung zu rechnen ist. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas sind soweit, daß sie der Krise mit Gegenmaßnahmen zu Leibe gehen. Die amtlichen Stellen wurden durch die parlamentarischen Vertretungen ermächtigt, einen Betrag von 2,1 Milliarden Dollar zur Milderung der Arbeitslosigkeit bereitzustellen. Auch andere Maßnahmen führten zu einer Belebung besonders an den Börsen. Das Sonderliche dieser Belebung ist allerdings, daß sie sich weniger in den Produktionsstätten und in den Geschäften, sondern hauptsächlich an den Börsen bemerkbar macht. Die Aktienkurse sind es, die steigen und sich erholen. Präsident Hoover, der bald wieder gewählt werden will, tut alles, um die geschäftlichen Hoffnungen zu wecken und Optimismus zu säen. Ein Teil der wirtschaftlichen Ankurbelungsversuche sind jedoch Wahlmache, so daß nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, was echte und was gemachte Belebung ist.

Das Institut für Konjunkturforschung sagt zu diesen Vorgängen: „In den letzten Wochen traten im Gesamtbild der Weltwirtschaft einige günstige Symptome stärker in den Vordergrund. An den internationalen Geldmärkten besteht eine kaum je gekannte Ueberfülle. Die bisher im wesentlichen auf London beschränkte Rentenhausse scheint im Begriff, auf New York und einige andere internationale Kapitalmärkte überspringen. Einige Warenmärkte, die vor dem in anhaltender Baisse verharren, haben den Abschwung unterbrochen und stellenweise sogar leichten Auftriebstendenzen Raum gegeben. Die Panikstimmung, von der die Herbst- und Wintermonate erfüllt waren, ist vielerorts im Abklingen. Das Umsatz- und Produktionsvolumen der Welt ist zwar bis in die jüngste Zeit hinein gesunken. Es mehren sich aber die Stimmen, die den Eintritt in die solange erhoffte Periode eines neuen Anstiegs der Weltwirtschaft als begonnen oder doch als unmittelbar bevorstehend bezeichnen.“

Das sind wenigstens Hoffnungsschimmer aus ein paar Ländern und keine Nachrichten über eine Verschlechterung. Darin liegt immerhin ein kleiner Fortschritt.

Bei uns in Deutschland lassen sich ähnliche Tendenzen noch nirgends erkennen. Die Sommermonate brachten wohl eine kleine geringfügige Saisonbelebung, auch die Russenaufträge hielten die Steigerung der Arbeitslosigkeit etwas auf, aber im allgemeinen ist noch kein Stillstand der Krisenauswirkungen zu verzeichnen. Die deutsche Ausfuhr geht weiter zurück. Die Exportaussichten sind immer noch schlecht. Der Absatz an Verbrauchsgütern im Inland vermindert sich noch. Das sind Gründe, die in Deutschland noch zu weiteren Verschlechterungen führen. Auch von den Kreditmärkten her ist noch keine Aenderung zu erwarten.

Alles in allem: die deutsche Wirtschaftslage ist noch sehr mies. Die Krise bringt das gesamte Wirtschaftsleben mehr und mehr zur Erstarrung. Da auch die politischen Verhältnisse zur Verschlechterung der Wirtschaft beitragen, müssen sich die deutschen Arbeiter auf einen schweren Winter gefaßt machen. Selbst wenn auf dem Weltmarkt eine kleine Besserung eintreten sollte, werden wir die letzten sein, die daran teilnehmen werden.

Arbeitszeitverkürzung internationales Problem

Auf der in der Zeit vom 5. bis 8. Juli in London stattgefundenen Tagung der Internationalen Vereinigung für Sozialistische Fortschritt wurde neben anderem auch das Problem der Verkürzung der Arbeitszeit auf internationaler Basis behandelt. Berichterstatter war der frühere tschechische Arbeitsminister Dr. Winter. Er ging in seinem Referat nach der „Sozialen Praxis“ Nr. 31 davon aus, daß die fortschreitende Technik eine Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, wenn sie nicht zu dauernder Freisetzung zahlreicher Arbeitskräfte führen solle. Auf die von der Vereinigung versandten Fragebogen haben nur sechs Landessektionen, die belgische, britische, bulgarische, deutsche, finnische und tschechische geantwortet. Vorbehaltlos für eine Verkürzung der Arbeitszeit sprechen sich nur die bulgarische und tschechische Sektion aus. In Deutschland haben Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände einen einander entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. Die belgische Sektion schließt sich der Resolution des Internationalen Arbeitsamts an. Finnland vermag die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit nicht anzuerkennen. Die britische Gruppe ist allenfalls für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf der Grundlage der Fünf-Tage-Woche. Für die Fünf-Tage-Woche erklären sich ferner die bulgarische und tschechische Gruppe und die

deutschen Arbeitnehmer. Von der tschechischen Gruppe werden als geeignete Industriezweige vorgeschlagen die Eisen-, Kohle-, Textil-, Glas-, Leder-, Bau-, graphische und chemische Industrie. Die zweitägige Aussprache zeigte eine große Verschiedenheit der Ansichten über diese Frage. Der eingesetzte Arbeitsausschuß faßte seine Ansichten in einer Entschliebung zusammen. Er schlägt u. a. vor, der nächste Kongreß wolle erklären: 1. daß die Herabsetzung der Arbeitszeit eines der hervorragenden Mittel ist, um die Arbeitsmöglichkeit auf eine größere Zahl von Lohnempfängern zu verteilen; 2. daß derjenigen Entscheidung der 16. Arbeitskonferenz besondere Bedeutung innewohnt, die den Verwaltungsrat des IAA ersucht, die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche mit dem Ziel zu studieren, eine internationale Regelung baldmöglichst zu erreichen. Der Arbeitsausschuß ersucht schon jetzt die Landessektionen in ihrem Wirkungskreise die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Arbeitszeit zu propagieren und darauf hinzuwirken, daß sie vorgenommen wird. Zur Erleichterung der Vorarbeiten des IAA schlägt der Arbeitsausschuß den Landessektionen vor, im Vernehmen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Voraussetzungen für eine Arbeitszeitverkürzung in bestimmten Gewerben zu untersuchen.

Reichsverfassung und kollektives Arbeitsrecht

Die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und aus den Weltkriegsfolgen begründete nationale und internationale Wirtschaftskrise und dadurch bedingte katastrophale Arbeitslosigkeit hat in weiten Kreisen des deutschen Volkes eine Verzweiflungseinstimmung hervorgerufen und sie den vorrangigsten Forderungen von rechts und links, den Nationalsozialisten und den Kommunisten, in die Arme getrieben. Dadurch sind auch die Errungenschaften der Weimarer Reichsverfassung in Gefahr geraten. Es ist zwar den genannten Parteien auch bisher noch nicht gelungen, die Macht zu ergreifen, dagegen sind vorläufig die Vertreter der reaktionärsten Schichten des deutschen Volkes, der Junker und der Schwerindustrie, in den Besitz der Macht gelangt.

In der Vorkriegszeit haben die Arbeiter als Klasse weder in der damaligen Verfassung noch tatsächlich durch den Staat Anerkennung gefunden. Mit der Beendigung des Weltkrieges hat sich das geändert. Mit dem Komintern, Demokratie, Parlamentarismus und das kollektive Arbeitsrecht.

Im Artikel 159 der Reichsverfassung wurde die gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit weitgehend gewährleistet, kein Arbeitgeber darf einen Arbeiter daran hindern, eine aus diesem Grunde erfolgende Entlassung wäre unwirksam. Der Artikel 119 der Reichsverfassung gewährleistet die Meinungsfreiheit und wiederum wäre eine aus diesem Grunde erfolgende Entlassung eines Arbeiters unwirksam.

Der Artikel 165 der Reichsverfassung anerkennt die Gewerkschaften und die Tarifverträge und gewährleistet den Arbeitern die Interessenvertretung der Belegschaften, angehörigen in den Betrieben gegenüber dem Arbeitgeber. Hieraus ergibt sich dann die unmittelbare und unabdingbare Wirkung der Tarifnormen und die Übertragung dieser Rechtsansprüche auf Außenseiter durch die Allgemeinverbindlicherklärung und die Verpflichtung des Staates, mit Hilfe dieser Einrichtung durch Fällung von Schiedssprüchen und durch Verbindlicherklärung selbst Tarifverträge zu schaffen, um auf diese Weise auch gegen den Widerstand der Arbeitgeber soziale Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Auch ist die weitere Möglichkeit geschaffen, für die Holzarbeiter zwingende Arbeitsbedingungen festzulegen, die von den Arbeitgebern zu erfüllen sind, ohne Rücksicht, ob sie damit einverstanden sind oder nicht.

In den Betrieben können Betriebsvertretungen gebildet werden, welche die Durchführung des gesamten Arbeitsrechts und den gesamten Arbeitsschutz zu überwachen haben, sowie selbst durch Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber die Interessen der Belegschaften wahrnehmen und außerdem für die Rechte der entlassenen Belegschaftsangehörigen eintreten können. Um diese Aufgaben ungehindert erfüllen zu können, genießen die Betriebsratsmitglieder einen weitgehenden Schutz vor Entlassungen.

Die Stilllegungsverordnung hindert den Arbeitgeber an willkürlichen Betriebsstilllegungen, er muß eine Anzeige an die Behörde erstatten und eine Sperrfrist einhalten, bevor er eine derartige Maßnahme durchführen kann und die Behörde muß die Betriebsvertretungen und die Gewerkschaften zu den Stilllegungsverhandlungen zuziehen.

Schließlich gewährleistet der Artikel 160 der Reichsverfassung den Arbeitern auch die Ausübung staatsbürgerlicher

Rechte und Pflichten, also die Teilnahme an allen Wahlen und die Übernahme von staatlichen Ehrenämtern sowie von Parlamentsmandaten. Wiederrum darf der Arbeitgeber seine Arbeiter hierbei in keiner Weise behindern oder sie deshalb schädigen.

Soweit sich aus allen diesen Bestimmungen Rechtsansprüche ergeben, ist durch das Arbeitsgerichtsgesetz dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeiter diese ihre Rechte, wenn sie ihnen von dem Arbeitgeber streitig gemacht werden, auf einem einfachen, billigen, schnellen und sozialen Rechtsweg durchsetzen können. In den Instanzen der Arbeitsgerichtsbehörden wirken die Arbeiter als Arbeitsrichter, Landesarbeitsrichter und Reichsarbeitsrichter mit. Die Gewerkschaften können ihren Mitgliedern vor dem Arbeitsgericht und dem Landesarbeitsgericht einen gewerkschaftlichen Prozeßvertreter stellen. Insgesamt ergaben sich alle diese Rechte der Arbeiter aus der Anerkennung und Schaffung des kollektiven Arbeitsrechts.

Diese Rechte sind gegenwärtig in Gefahr, nicht nur durch die Schuld unserer Gegner, sondern auch durch die Gleichgültigkeit oder den Unverstand eines Teiles der Arbeiterklasse selbst. Hierfür ist es denn auch zurückzuführen, daß sich viele dieser Rechte bisher nicht in vollem Umfang haben auswirken können. Der Inhalt vieler Tarifverträge und die Handhabung des Schlichtungswesens wäre immer wesentlich besser gewesen, wenn wenigstens die Mehrzahl der Arbeiter Gewerkschaftsmitglieder wären und fest zur Weimarer Reichsverfassung gestanden hätte.

Nun gilt es für die wirklichen Gewerkschaften, alle Kräfte anzuspannen, um das

Keram- und Glasarbeiterverbände in Amerika

In den Vereinigten Staaten von Amerika bestehen zwei Verbände von Arbeitern der keramischen Berufe, nämlich die National Brotherhood of Operative Potters, welche die Porzellan- und Steingutarbeiter, sowie die Töpfer der Geschirrbrauerei umfaßt, dann die United Brick and Clay Workers of America, in der die Ziegelarbeiter, Fliesen-, Wandplatten-, Röhren- und Steinzeugarbeiter organisiert sind.

Der Verband Operative Potters wurde 1890 gegründet, zum Zweck gegenseitigen Schutzes, der Unterstützung der Berufskollegen und ihrer Familien und zum gemeinsamen Vorgehen in allen Angelegenheiten, welche die Berufsinteressen betreffen. Der Verbandsvorstand wird aus einem Vorsitzenden, 7 stellvertretenden Vorsitzenden und einem Schatzmeister gebildet, die durch Abstimmung der Mitglieder gewählt werden. Die Leitung der Verwaltungsgeschäfte obliegt dem Vorsitzenden. Verbandstage werden alljährlich abgehalten. Zwischen den Verbandstagen wird über wichtige Angelegenheiten durch Initiative und Referendum entschieden. Die Ortsvereine sind teils nach Berufsnahen abgegrenzt, teils umfassen sie Angehörige verschiedener Berufe; die letzteren werden gemischte Ortsvereine genannt. Die Operative Potters zählen zu den am meisten zentralisierten Organisationen; die Befugnisse der Ortsgruppenverwaltungen sind weniger weitgehend als es in der Regel bei amerikanischen Gewerkschaften der Fall ist.

Mitglieder können alle männlichen und weiblichen Personen im Alter von 16 Jahren aufwärts werden, die einen in den Zuständigkeitsbereich der Organisation fallenden Beruf ausüben, wenn sie nichtern und arbeitsam sind. Weitere Beschränkungen der Aufnahme-fähigkeit, wie sie sonst in Amerika häufig bestehen, kennen die Operative Potters nicht.

Erzungen zu erhalten. Denn die wirklichen Gewerkschaftler haben bisher schon die Bedeutung dieser Errungenschaften richtig erkannt. Es gilt die gleichgültigen und die andersgläubigen Arbeiter aufzurütteln, daß auch sie sich zu der Weimarer Verfassung und ihrem Geist bekennen, daß auch sie die Bedeutung des kollektiven Arbeitsrechts begreifen, und daß sie dafür sorgen, daß das vorhandene Arbeitsrecht nicht nur erhalten bleibt, sondern daß es im Sinne der Weimarer Reichsverfassung weiter ausgebaut wird.



bestehenden Verbandsbeitrat. In dem alle Zweige des Gewerbes und alle Bezirke vertreten sind.

Vorbandstage halten nur die Glasflaschenbläser und die Kristallglasmacher ab. Die Glasflaschenbläser nehmen auch ungelohnte Arbeiter und Arbeiterinnen auf. Sonst ist die Mitgliedschaft auf gelohnte Arbeiter beschränkt. Bei den Kristallglasmachern können Lehrlinge ausnahmsweise, wenn besondere Gründe dafür sprechen, als Mitglieder zugelassen werden.

Gesamtarbeitsverträge werden von allen fünf Glasarbeiterorganisationen zentral abgeschlossen. Nur bei den Glasflaschenmachern werden Zusatzverträge für ungelohnte Arbeiter teilweise auch örtlich vereinbart.

Ein Verbandsorgan haben nur die Kristallglasmacher („The American Flint“). Das Unterstützungsweesen ist bei den Glasmachern wenig ausgebildet. Außer den Glasflaschenmachern zählen alle Organisationen Sterbegeld, die Kristallglasmacher haben auch die Krankenunterstützung eingeführt.

Mit Ausnahme der Window Glass Cutters League gehören die Organisationen der Glasarbeiter zur gewerkschaftlichen Landeszentrale. H. P.

Jeder dritte deutsche Arbeiter arbeitslos!

Bereits Anfang Juli ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland wieder gestiegen. Für den Sozialpolitiker erhob sich deshalb die Frage, wie sich der Arbeitsmarkt in Deutschland in Zukunft gestalten soll. Wenn schon in einer Zeit, in der noch eine kräftige Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten müßte, das Gegenteil zu verzeichnen ist, so sieht es zweifellos sehr traurig aus. Das Institut für Konjunkturforschung stellt Betrachtungen über die zukünftige Entwicklung des Arbeitsmarktes an. Auf Grund genannter Materials glaubt diese Forschungsstelle, daß sich die konjunkturelle Arbeitslosigkeit in der nächsten Zeit monatlich um 100.000 bis 110.000 Arbeitskräfte vermehren wird. Der Durchschnitt des ganzen Kalenderjahres 1933 würde mithin nicht sehr viel von einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 6 Millionen entfernt sein. Im Rechnungsjahr 1932/33, d. h. vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1933, wird sich die durchschnittliche Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Größenordnung von 6 1/2 Millionen Arbeitslosen bewegen. Das würde besagen, daß jeder dritte oder vierte Arbeiter und Angestellter damit ohne Arbeit und ohne ursprüngliches Einkommen sein wird. Daneben gibt es noch eine unsichtbare Arbeitslosigkeit. Die feststehende Arbeitslosigkeit wird durch die Zahlungen der Arbeitsämter ermittelt. Andererseits gibt es noch Arbeitslose, die von keiner statistischen Stelle erfasst sind, weil sie keine Unterstützung beziehen oder sonst nicht kontrolliert werden. Diese unsichtbare Reservearmee wird vom Konjunkturinstitut auf 1 bis 3 Millionen geschätzt. Wir werden also im kommenden Winter mit einer Arbeitslosigkeit von 7 bis 8 Millionen zu rechnen haben. Jeder zweite oder dritte Arbeiter und Angestellter wird im Rechnungsjahr 1931/32 ohne Beschäftigung sein. Das furchtbare Elend der Gegenwart wird also keine Linderung, sondern noch eine Verstärkung erfahren. Soweit hätten wir es also glücklich unter der glorreichen Führung der Hitler-Brüder gebracht. Angesichts der Höhe der Arbeitslosigkeit wirkt sich das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung als lächerlich gering aus.

Die Volksfürsorge im ersten Halbjahr 1932

Bei der Volksfürsorge Gewerkschaftliche Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft wurden im ersten Halbjahr 1932 86.523 Anträge auf Abschluss von Volks- und Lebensversicherungen eingereicht; außerdem haben 80.167 Versicherte einen Antrag auf Gewährung einer Sterbegeldversicherung für arbeitslose Versicherungsnehmer (Ersatzversicherung) gestellt.

Der Antragsumfang entspricht unter Berücksichtigung der außerordentlich ungünstigen Auswirkungen der herrschenden Krise durchaus den gestellten Erwartungen, und zwar um so mehr, als vorwiegend diejenigen Bevölkerungskreise, die das Kontingent der Gesellschaft darstellen, von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation am stärksten betroffen worden.

Es ist ferner sehr erfreulich, daß 21.577 Versicherungsnehmer die Wiederinkraftsetzung ihrer Versicherung, die sich durch die Einstellung der Prämienzahlung nach Ablauf des ersten Versicherungsjahres automatisch in eine prämienvolle umgewandelt hatte, beantragt und infolgedessen das frühere Vortragsverhältnis, d. h. also den Versicherungsschutz in der ursprünglichen Höhe wiederhergestellt haben.

Die Wiederinkraftsetzung einer Versicherung ist jedoch nur dann möglich, wenn der Versicherungsnehmer die Versicherung als prämienvoll bestehen läßt, nicht aber, wenn er, wie dies immer allzuoft geschieht, die Auflösung des Versicherungsvertrages durch Kündigung vornimmt; dann hierdurch erleidet er nicht nur einen erheblichen finanziellen Verlust, sondern verzichtet auch freiwillig auf die durch den Vertrag erworbenen Rechte, für deren Aufrechterhaltung gerade in der Jetztzeit unbedingt Sorge getragen werden sollte.

Die Krise frißt die Gesundheit!

In Berlin fand kürzlich ein Vortrag des dirigierenden Arztes vom Hufeland-Hospital, Dr. Felix Boehnigk, statt, der sich mit der gesundheitlichen Lage des deutschen Volkes beschäftigte. Aus dem von diesem Redner vorgebrachten Material möchten wir folgende Fälle herausgreifen, welche deutlich zeigen, wie die Krise die Gesundheit des deutschen Volkes vernichtet: Eine Rundfrage bei den Krankenhäusern ergab, daß sehr viel Patienten in einem Zustand bedenklicher Unterernährung aufgenommen werden. So wurde z. B. bei einer Patientin bei der Entlassung ein Körpergewicht von 21 kg festgestellt. Infolge zureichender Ernährung erreichte sie in kurzer Zeit das Gewicht von 42 kg. In den 30. Kliniken der Universität in Heidelberg und Marburg wurden die gesundheitlichen Schäden bei Kleinkindern auf den Mangel ausreichender Obst- und Gemüseernährung zurückgeführt. In den Großstädten mußte festgestellt werden, daß Kinder im Wachstumsalter nicht einmal genügend Brot erhalten. Bei 1000 untersuchten Kindern ergab sich eine Zurückbildung von der normalen Wachstumskurve um 10 cm. Bei Kontrollen der Ernährungweise der Haushaltungen hat sich für Berlin ergeben, daß nicht nur die Arbeitervorfamilien, sondern die Familien noch beschäftigter Arbeiter zu 90 H. die als wirtschaftlich für notwendig erachteten Nahrungsmittel weder der Art noch der Qualität nach zu erhalten in der Lage sind. Die Behauptung, welche Schichten der Bevölkerung ernährten sich heute besser als vor dem Kriege, ist völlig grundlos. Die amtlichen Statistiken kennen zwar die Rubrik „Hungertod“ nicht, trotzdem gibt es sehr viele Menschen, deren Tod damit zurückzuführen ist, daß sie „schleichend verhungern“, die unmittelbare Todesursache ist dann freilich „Herzschlag“. Hinfällig wirkt auch die Wirtschafts- und Krankheitsbehandlung auf Mangel an Milch und viele Krankenhäuser unbesetzt.

müssen sogar geschlossen werden. Bezüglich der Länge der Krankenhausbehandlung zeigt die Statistik, daß aufgenommenen Selbstzahler im Durchschnitt 16,9, Krankenkassenmitglieder 26,1 und Wohlfahrtspatienten 30,9 Tage im Krankenhaus verweilen. Dies liegt daran, weil die Selbstzahler in der Regel durch zügellose Ernährung und bessere Lebensweise so gestärkt sind, daß die Genesung schneller durchgeführt werden kann. Die sozial-pathologischen Auswirkungen der Lebenslagen der Bevölkerung sind mannigfaltig; die Selbstmordziffer steigt, die Wohnungsnot — sehr häufig liegen drei Kinder in einem Bett oder zusammen mit Erwachsenen — zeitigt gräuliche Sitten. Die Kleinkindersterblichkeit und die Geschlechtsunterschiede unter den Kindern nehmen durch Alkoholismus steigt.

Nun, erhebt sich die Frage nach dem Vortrage von Dr. Boehnigk, Was sind die Folgen der Unterernährung mit denen des Krieges vergleichbar sind, aber nicht deren Ursachen. Dazumal herrschte Mangel, jetzt aber Überfluß. Die Verarmung des deutschen Volkes ist die Folge der wirtschaftlichen und politischen Krise.

Schlichter-Abbau

Eines der bedeutendsten Organe des Schlichtungswesens sind die Schlichter, die in verschiedenen Landesteilen eingesetzt wurden. In Berlin amtierte der bekannte Kollege Rudolf Wisell, der seine langjährige Tätigkeit mit großem Geschick und sozialem Verständnis ausgeübt hat. Es kennzeichnet den reaktionären Kurs, daß Wisell vom Reichsarbeitsminister zum 1. September gekündigt wurde. Damit hat die Regierung dem Drängen der Scharfmacher im Unternehmerlager nachgegeben. Die Kündigung dieses befähigten Mannes kann als der Anfang des Abbaues im Schlichtungswesen gedeutet werden. Ein weiterer Beweis, daß die Reaktion obenaufliegt.

LINDCAR LINDCAR-FAHRRÄDER AB 62,— RM
LINDCAR-NAHMASCHINEN AB 141,— RM
WOCHENRATEN AB 2. MARK
VERLANGT DEN HAUPTKATALOG
LINDCAR-FAHRRADWERK AG., BERLIN-LICHTENRADE, GEWERKSCHAFTSUNTERNEHMEN



Glashüttenbesichtigung in Belgien

Der Zweck der Besichtigung einiger Glasfabriken Libbey-Owens und Fourcault in Belgien mit Herrn Milhaud von der Leitung des IAA...

Durch die Diskussionen, die sich sowohl im Verwaltungsrat als in der technischen Kommission ergeben hatten, kam das IAA zur Überzeugung, daß es unvorsichtig wäre, Probleme der Glasindustrie zu behandeln...

Für uns, als internationale Glasarbeitervorteiler, hatte diese Studie ein anderes Interesse; sie sollte uns ermöglichen zu beurteilen, welche Fortschritte die automatische Produktion seit 1924 gemacht hat...

So schreibt Kollega Ch. Dolzant am Anfang seines Berichtes über die Besichtigung.

Der Betrieb Libbey-Owens in Moll

Die Gemeinde von Moll liegt von Brüssel in der Richtung nach Holland, etwas oberhalb Antwerpen. Die Glashütte wurde in der Nähe eines Kohlenlagers der Campine...

Diese Einrichtung abseits des früheren Glaszentrums scheint nicht alle Erwartungen in bezug auf Sparsamkeit erfüllt zu haben, denn die Errichtung eines zweiten Betriebes derselben Firma in Houdon-Coognis scheint sich aus der Notwendigkeit zu erklären...

Die Fabrik von Moll ist nach dem Plan der amerikanischen Unternehmen desselben Namens gebaut. Sie zeichnet sich aus durch die Bedeutung an Bauxit und Produktionsmitteln: in einer ungeheuren Halle stehen sieben Öfen nebeneinander...

Die Schmelzmassen gelangen automatisch zu den Wannen; jede halbe Stunde wird die entsprechende Menge Schmelzglas zugegeben mittels eines Hebels, der vom Schmelzer bedient wird.

Uns beschäftigt jedoch besonders das Arbeitsregime beim Warmglas, und da stellen wir Fragen: Wieviel Arbeiter sind an jedem Ofen beschäftigt und wie viele haben das Vierschichten-system?

Wir gelangen an den Ausgang des Kühlraumes, wo das Glas abgetrennt und weggetragen wird. Hier sind 2 Arbeiter beschäftigt, von denen wir nicht sagen können, ob sie in vier Schichten arbeiten.

Wir besichtigen dann die Klarschliffwerkstätte. Auch hier fällt uns auf, daß in der Einrichtung alles großzügig ist.

Herr Anslau äußert keine besondere Ansicht bezüglich der Krise. Er gibt zu, daß Fehler dadurch begangen wurden, daß man die Produktionsmittel in zu großem Maße entwickelte.

Was die Qualität der Produktion der verschiedenen Streckverfahren anbelangt, glaubte Herr Anslau, daß die übrigen keiner anderen hinterstehen.

erkennt an, daß, wenn ihr Verfahren billiger ist als das Vorfahren Fourcault an Preis, so kommt es teuer bei der Heizung; somit läßt sich jedes Verfahren verteidigen.

Stärke und Qualität des erzeugten Glases waren gut. Welche Mannigfaltigkeit und Regularität in der Stärke, welche Verschiedenheit in der Größe der Platten, welche vollkommene Planimetrie, welche schöne Allotierung von majestätischen Glassechichten...

Nun zu den Glaswerken Fourcault. In Charleroi sind wir am Sitz der Gesellschaft der Fourcault-Unternehmen. Herr Delcuvellierio und Herr Chauteur, Leiter der Union, empfangen uns und stellen uns dem Chefingenieur, Herrn Danilof, vor.

Schon anlässlich unserer ersten Besichtigung in Dampremy im Jahre 1924 hatten wir Gelegenheit festzustellen, daß er ein Mann der Glasmacherei ist, mit dem man sprechen kann. Seit beinahe 50 Jahren ist er in der Glasproduktion tätig.

Herr Chauteur ist Enkel eines Glasarbeiters. Zunächst Ingenieur, leitete er später die Glashütte von Mariemont. Er gab die Direktion von Mariemont auf, um bei der Gründung der Gesellschaft Fourcault, Verwalter zu werden.

Herr Danilof ist ein früherer russischer Industrieller. Acht Jahre verbrachte er in den Vereinigten Staaten und machte sich dort mit den kühnen Auffassungen der amerikanischen Ingenieure vertraut.

Ist er seit mehreren Jahren Chefingenieur der Unternehmen Fourcault. Seine Erklärungen sowohl an den Öfen als außerhalb sind sehr lehrreich. Unser Freund Capraas ist durch seine Mitarbeit in den paritätischen Kommissionen in diesem Hause bekannt.

Maurice Milhaud erklärt den Zweck unserer Besichtigung. Durch Herrn Chauteur erfahren wir, daß die belgische Fensterglasindustrie momentan nur 30 Prozent ihrer Produktionsmittel ausnutzt.

Wir hatten vor uns Geschäftsleute, die die Bedürfnisse des Weltmarktes wohl kennen; sie gaben zu, daß die Produktionsmittel zu sehr vergrößert wurden, erachteten jedoch, daß der Grund zum Anhalten der Krise hierin nicht liegt.

Da wir auf die Verschärfung der voraussichtlichen Konkurrenzschwierigkeiten durch das Auftreten und die Entwicklung des Verfahrens Pittsburg verwiesen, teilte uns Herr Danilof mit, daß wir dieses Verfahren in einem der Unternehmen der Gruppe, nämlich der Glashütte des Zentrums, sehen werden.



Eine Denkschrift über die Lage der deutschen Porzellanindustrie

Der Verband deutscher Porzellan- und Geschirrfabrikanten überreichte dem Reichswirtschaftsminister eine Denkschrift über die Lage der deutschen Porzellanindustrie und machte darin Vorschläge, wie nach seiner Meinung die deutsche Porzellanindustrie gerettet werden könnte.

Für die Geschirrporzellanindustrie werden Friedensminimalpreise mit einer Indexziffer (120) verlangt, ferner feste Kalkulationsnormen und Kartellvorschriften für die Fabriken, damit keine Preisunterbietungen gemacht werden können.

In der Begründung enthält die Denkschrift Angaben über die verschiedensten Einwirkungen bei der Preisgestaltung des Porzellans. Uns als Arbeiter interessieren in erster Linie die über die Löhne und Soziallasten. Darüber wird gesagt: So wuchs der Lohn- und Gehaltsanteil an dem fertigen Produkt von etwa 40 Prozent im Frieden auf 50 Prozent in der letzten Zeit.

In der Denkschrift selbst wird auf der vierten Seite zugegeben, daß die Lohnsumme — sowie der Umfang der Industrie — wesentlich gesunken ist. Die Senkung muß so auffällig in der letzten Zeit sein, daß sich die Tüpferei-Berufsgenossenschaft scheut, die Lohnsumme für das Jahr 1931 in ihrem Geschäftsbericht anzugeben, wie das bisher alljährlich geschehen ist.

Ein auffälliger Hinweis ist auch der über die Soziallasten. Aus ihm geht aber hauptsächlich hervor, was für große Geldsummen eigentlich die Arbeiterschaft für die Opfer der versagenden kapitalistischen Wirtschaft aufbringen muß.

Die Denkschrift enthält auch Angaben über sehr hohe Zins- und Prämienbelastungen und zeigt auch sonst wirtschaftliche Verlustquellen auf, die über denen für Lohn- und Sozialaufwendungen liegen.

waren in Belgien drei neue Fourcault-Glaswerke in Betrieb und weitere Glasbetriebe schickten sich zur Annahme des Verfahrens an. Das Auftreten des Verfahrens Libbey-Owens in Belgien im Jahre 1921, Abte auf die alte belgische Industrie einen Druck aus; diese flüchtete sich wie zu einem Retter zu dem vorher verachteten Verfahren Fourcault.

Seit 1921 ist das Aussehen der Fabrik unverändert geblieben. Man hat hier die Gebäude so benutzt, wie sie bei der alten Fabrik waren. Neu ist nur der mechanische Transport des Glases mit einer Hochbahn.

Die Qualität des Glases ist besser geworden. Man beherrscht nunmehr die Glasmasse besser in ihrer Wanderung von der Schmelzwanne bis zu den Streckmaschinen. Man kennt nun die früher unerklärlichen Ursachen der gelegentlichen Glasfehler: Streifen, Wellen, Entglasung; diese Fehler werden nun vermieden und somit wird eine sehr feine Glasqualität erzielt.

(Schluß folgt.)

Beschäftigungslage

Von den einzelnen nachgenannten Handelskammern werden folgende Angaben über die Beschäftigungslage gemacht:

In der Glasindustrie hat sich die Geschäftslage erneut verschlechtert. (Görlitz, Düsseldorf.)

Der Geschäftsgang der Beleuchtungs- und Probglasindustrie ließ viel zu wünschen übrig. Die befriedigende Belebung des Inlandsgeschäftes sei nicht in keiner Weise. Das Exportgeschäft ruht unter den Wirkungen der Einfuhr- und Devisensperren so gut wie ganz.

Die Hoffnungen auf eine Belebung der Herstellung grüner Flaschen haben sich nicht erfüllt. Der Rückgang der Brauindustrie wie auch die ungünstige Nachfrage wirken äußerst nachteilig auf die Nachfrage.

In der Glasblägerei und Glaskleberei hat sich der Auftragseingang weiterhin verschlechtert, so daß weitere Betriebs einschränkungen vorgenommen werden mußten. (Württ. Industrie- und Handelstag.)

nicht dafür aussprechen, weil uns diese Forderung gegenwärtig widerspricht dem Wirtschaftswiderstand, widerspricht dem Wirtschaftsgesetz: Anpassung der Preise an die Kaufkraft der Bevölkerung. Die gesamte Produktion, besser gesagt unser ganzes Wirtschaftsleben, leidet unter dem Mangel an Kaufkraft.

Man kann hin und her überlegen, in dieser Lage und unter diesen Wirtschaftsverhältnissen gibt es kaum einen Ausweg. Das mag brutal klingen, aber die kapitalistische Wirtschaftsordnung läßt keine andere Möglichkeit zu. Wenn es nicht gelingt, Exporterleichterungen zu schaffen, Tarifherabsetzungen zu erzielen und durch Umorganisation und Umstellung einiger ganz moderner Betriebe auf die Erzeugung von Export die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Porzellan- und Geschirrfabrikation zu fördern...

Letzten Endes wandert es uns, daß die Denkschrift nicht an dem Widerspruch rührt, der in der Praxis zwischen dem Verkaufspreis der Fabrik und dem des Händlers rührt. Wir beobachten dabei gar nicht auf den Händler herumzublicken, denn sie haben auch ihre liebe Not. Aber es muß auch bei dieser Gelegenheit wieder gesagt werden: Die Porzellan-

